

„Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“

*„Um die bürgerliche Gesellschaft zu zerstören,
muss man ihr Geldwesen verwüsten.“*

(Wladimir Iljitsch Uljanow, Kampfname Lenin, 1870-1924, Begründer der Sowjetunion)

Angesichts von „*Turbulenzen und Situationen*“ in der Eurozone, die sich Bundeskanzlerin Angela Merkel „*vor anderthalb Jahren nicht hat träumen lassen*“, unternimmt die europäische Politik nun alles, um in der Bevölkerung nur keine Zweifel am Überleben des Euros aufkommen zu lassen.

Dass dieser lediglich als politisches Prestigeprojekt und zugleich größtes Geldexperiment der Geschichte gegen alle ökonomische Vernunft das Licht der Welt erblickte, scheinen die Politiker trotz der jetzt offensichtlich werdenden **Lebenslügen** der Einheitswährung weiter konsequent verdrängen zu wollen. „Was einst mit Lügen erlangt worden ist, kann man nur mit Lügen behalten“ weiß auch unser Alt-Bundeskanzler Helmut Kohl nur all zu gut und **gab** anlässlich seines 80. Geburtstags die heute aus Sicht der Politik alles rechtfertigende „vorwärts immer, rückwärts nimmer!“-These zum Besten, dass „*die europäische Einigung eine Frage von Krieg und Frieden und die Einführung des Euros ein Stück Friedensgarantie ist!*?“

„Es geht um alles: Denn scheitert der Euro, dann scheitert Europa.“

(Angela Merkel, 15.11.2010 auf dem CDU-Parteitag)

Seit die EU den Zahlungsausfall Griechenlands durch einen im Mai 2010 eiligst aufgespannten 110 Mrd.-Euro-Schutzschirm zu einem dann „völlig überraschenden“ Highlight des Jahres 2013 machen will, ist die Eurozone ... Kriegsschauplatz!

„*Hier wird im Moment von Spekulanten ein Angriffskrieg gegen die Euro-Zone geführt*“ analysierte Jochen **Sanio**, Chef der Finanzaufsicht BaFin, die Geschehnisse im Mai letzten Jahres im besten Militär-Jargon. Obwohl sich bereits im März die staatseigene (!) griechische **Postbank** als größter Spekulant auf die Pleite Griechenlands selbst „outete“, wurden dem Publikum von Politik und Medien stattdessen vier Hedgefondsmanager präsentiert, die nicht etwa nur einfach die Lust auf ein gemeinsames **abendliches Diner** in einem New Yorker Restaurant zusammenführte, sondern – was soll man von den bösen Spekulanten aus der Schattenfinanzwelt auch anderes erwarten können – das Abstimmen eines heimtückischen (CDS-)Überfalls ihrer Fonds auf Griechenland und die gesamte Eurozone!

Ungeachtet der Tatsache, dass „*in der Krise nicht der Euro, sondern die Fähigkeit der europäischen Schuldensünder, sich weiterhin so günstig zu finanzieren wie Deutschland gefährdet war*“ (Prof. Hans-Werner Sinn), wurde unter dem Schlachtruf des EU-Kommissionspräsidenten **José Manuel Barroso** („*Wir werden den Euro verteidigen, egal, was es dazu braucht*“) das Eurosystem – natürlich völlig alternativlos – mal eben von oben revolutioniert.

Obwohl Rettungsmaßnahmen entsprechend des Vertrages über die Arbeitsweise der EU (AEUV), Artikel **125 (1)** („No bailout-Klausel“), illegal sind, begab sich die Politik freiwillig auf das Niveau einer Bananenrepublik. Vertragswidrig möchte sie unter **Gewinnversprechungen** in Millionenhöhe nun die besagten 110 Mrd. Euro in

Griechenland versenken, z. B. für die 5.000 Euro-Nettogehälter verbeamteter, dafür aber „todesmutiger“ Lokführer. Dessen nicht genug, entwarfen die EUrokraten auch noch einen 440 Mrd.-Euro-Rettungsschirm (EFSF) für die restlichen Eurozonen-Wackelkandidaten, organisiert, man höre und staune in [Erinnerung](#) an eine Ursache der Bankenkrise, als eine privatrechtliche Luxemburger [Zweckgesellschaft](#)! Als wenn es noch irgendeines Beweises bedurfte, gewährte Frankreichs Wirtschaftsministerin [Christine Lagarde](#) in einem WALL STREET JOURNAL-Interview einen tiefen Einblick in die politischen Abgründe: *„Wir verletzen alle Rechtsvorschriften, weil wir einzig auftreten und wirklich die Eurozone retten wollten. Der Vertrag von Lissabon war eindeutig. Keine Rettungsaktionen.“*

Trotzdem konnten unsere politischen Führer plötzlich aus dem Vertrag von Lissabon Dinge herauslesen, die ... niemand hineingeschrieben hatte – nicht jedoch, ohne dabei mit einer (un)freiwilligen Komik aufzuwarten! Allen Ernstes wird die „Legalität“ ihrer Bailouts nun mit dem Artikel [122 \(2\)](#) AEUV [begründet](#), und so ist nach kreativer Neuauslegung der Verträge der unsere europäischen Brüder und Schwestern überrollende „After Party-Schulden“-Tsunami bis 2013 offiziell eine ... **Naturkatastrophe!**

„Die Zocker werden belohnt. Die Banken, die in windige Staatspapiere investiert haben, die Staaten, die sich überschuldet haben – alle haben sie drauf gesetzt, dass, wenn es schiefgeht, sie freigekauft werden von jemand anderem und so ist es passiert. Wir zahlen, und so geht die Zockerei weiter.“

(Prof. Dr. Hans-Werner Sinn, 20.05.2010)

Legal, illegal, sch...egal denken sich also die EUrokraten um Frau Lagarde herum, und die Konstruktionsfehler des Euros, die kreative Buchführung der Griechen, die selbst verschuldete Überschuldungskrise der meisten Euro-Länder, und natürlich besonders die Rolle der die Überschuldung finanzierenden „systemrelevanten“ Banken sollen von heute auf morgen vergeben und vor allem vergessen sein. Denn schließlich gewährt die Politikgemeinde mit ihren Aktionen letztendlich den „*Europa sei jeden Preis wert*“-[\(Ackermann\)](#)-Bankern dieser Welt einen weiteren (und sicherlich auch noch nicht letzten) Bailout auf Kosten der Steuerzahler, diesmal für deren Billionenbestände an ausfallgefährdeten Staatsanleihen!

Mit der nun durch die EU-Finanzminister verabschiedeten Einrichtung eines ab Mitte 2013 greifenden dauerhaften Krisenmechanismus ([ESM](#)), der am Ende, nachdem Deutschland alle anderen gerettet hat, sogar dessen Rettung (durch wen auch immer) ermöglicht, soll der Weg in die **Transfer- und Haftungsunion**, faktisch eine **Währungsreform**, jetzt durch eine [Ergänzung](#) des [Art. 136](#) AEUV ganz nebenbei durch die Hintertür besiegelt werden, ohne auch noch die lästigen nationalen Parlamente befragen zu wollen!

„Der Vertrag von Maastricht droht so Deutschland schwerere Lasten aufzubürden, als die uns im Versailler Vertrag nach dem Ersten Weltkrieg verordneten Reparationszahlungen. Nur: Versailles war ein Diktat, Maastricht hat die Regierung [Kohl] freiwillig abgeschlossen.“

(Stefan Baron, Chefredakteur der WirtschaftsWoche, WiWo 42/9.10.1992)

Doch ob der Politik auch dieser Coup, Deutschland erst für [alles](#) garantieren und später dann zahlen lassen zu wollen, noch gelingt, bleibt mit Blick auf die vom

Gericht angenommene Verfassungs-Klage der Professoren Schachtschneider, Hankel, Starbatty, Nölling und Spethmann, abzuwarten.

„Die Hoffnung, dass das deutsche Bundesverfassungsgericht die Augen zumacht und das Unrecht geschehen lässt, ist trügerisch“ meint Verfassungsrechtler [Prof. Schachtschneider](#) und erwartet deshalb, dass sich das Gericht seiner *„historischen Aufgabe“*, den Rechtsstaat aufrechtzuerhalten, dieses mal nicht verweigern wird. Sonst würde das Verfassungsgericht *„die Grundlagen der Bundesrepublik seit 1949, Rechtsstaat sein zu wollen, Demokratie sein zu wollen und Sozialstaat sein zu wollen, verlassen und verraten. Das wird das Gericht Deutschland nicht antun und sich nicht antun. Dann könnte es abgeschafft werden.“*

„Das Ankaufprogramm geht weiter, ich wiederhole: es geht weiter.“

(EZB-Präsident [Jean-Claude Trichet](#), 02.12.10)

„Abgeschafft“ wurde im Durcheinander um die Euro-, Euro-Länder- und Bankenrettung in den Mai-Tagen des Jahres 2010 indes schon mal ... die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank! Trotz eines im Artikel [123 \(1\) AEUV](#) verankerten expliziten Aufkauf-Verbots von staatlichen Schuldtiteln sahen sich die Niedrigzins-Notenbanker plötzlich legitimiert, genau dies zu tun. *„Es gibt Verwerfungen in einzelnen Segmenten des Finanzmarktes, die das Funktionieren der Geldpolitik stören“* verteidigte das Direktoriumsmitglied Prof. Dr. Jürgen Stark im zeitgemäßen Orwell'schen Neusprech die direkte Staatsfinanzierung der Währungs(verfalls)hüter mittels frisch gedruckter Euros.

Doch die Begeisterung der EZB über die auf sie zukommende Funktion als politische Notenpresse hält sich offenbar noch in Grenzen. So forderte ihr zum „Banker des Jahres“ [nominierte](#) Präsident [Jean-Claude Trichet](#) von den Politikern das „Ultima ratio“-Rettungsfass, und zwar eines ... ohne Boden! *„Wir rufen zu maximaler Flexibilität und maximaler Kapazität auf, sowohl mit Bezug auf die Quantität als auch auf die Qualität“* – bevor er im Dezember *„angesichts eines Volatilitätsanstiegs bei den Wechselkursen, Zinsen und den Goldpreisen (!?) sowie beim Kreditrisiko“* [erstmals](#) in der Geschichte der EZB einen 5 Mrd. Euro-Eigenkapitalbedarf-Alarm auslöste!!

Nach dem geflopten „Alles in (irischer) Butter!“ Stresstest europäischer Banken befürchtet die EZB als „Lender of last resort“ nun wohl, dass sie außer auf die von ihr freiwillig eingesammelten [~73,5 Mrd. Euro](#) an „gestörten“ Staatsanleihen der [PIGS](#) auch noch auf den von den PIGS-Banken bei ihr als Sicherheit hinterlegten Wertpapieren mit täglich zunehmender Ausfallwahrscheinlichkeit sitzen bleiben könnte und damit Gefahr läuft, „Opfer“ eines möglichen „Haircuts“ zu werden.

„Der US-Dollar ist unsere Währung, aber Euer Problem.“

(US-Finanzminister John Connally, 1971)

Während die Eurozone im Jahresverlauf eine Panik-Attacke nach der anderen zu verdauen hatte, blieb es im auf der anderen Seite des Atlantiks erstaunlich ruhig, und dass, obwohl die wirklichen (wirtschaftlichen) Horrornachrichten fast alle aus den USA kamen. „Think big!“ – Rekordarbeitslosigkeit, Rekordzwangsversteigerungen, Rekordarmut, Rekordhaushaltsdefizit, Rekordleistungsbilanzdefizit, Rekordstaatsverschuldung und eine im Rekordtempo rotierende Notenpresse waren die Nachrichten, die die am Anfang des Jahres verbreitete These von einem ins

Bodenlose stürzenden US-Dollar und dem Aufstieg des Euros zur Weltreservewährung nährten.

Wer nun aber so naiv war, an die Spekulanten-Verschwörungstheorie hiesiger Politiker gegen die Eurozone zu glauben, oder gar zu denken, dass die USA ihr Weltreservewährungsprivileg mal so eben freiwillig aufgeben würden, den belehrte Anfang Oktober letzten Jahres der brasilianische Finanzminister **Guido Mantega**, die amerikanische Nullzins- und Geldvermehrungspolitik analysierend, eines Besseren: „Wir befinden uns inmitten eines internationalen Währungskriegs.“


Da die USA auch nach über drei Jahren Finanzkrise noch immer über die größte unkontrollierte Machtstruktur im Weltfinanzsystem – Ratingagenturen – verfügen, war es ein leichtes, der Eurozone diese Macht zum Zweck der Verteidigung des Dollarprivilegs auch spüren zu lassen, und die Investoren von der „relativen“ Sicherheit der durch die Notenpresse „finanzierten“ eigenen Staatsanleihen zu überzeugen.

Geradezu genüsslich, am liebsten vor EU-Gipfeltreffen, wurden im Jahr 2010 die Ratings diverser Eurozonen-Staaten gestutzt. Oftmals reichte sogar auch schon die bloße Ankündigung einer möglichen Herabstufung aus, um bei den Investoren Panik auszulösen, und die Renditen der betroffenen Staatsanleihen so in „störende“ Höhen zu treiben.

Sollten die US-Ratingagenturen dieses Jahr völlig überraschend herausfinden, dass US-Investmentbanken nicht nur Griechenland, sondern auch Italien bei der Fälschung ihrer Haushaltsstatistiken beraten haben, oder sie Spanien oder gar die Grande Nation um ein „A“ kürzer machen, dann könnten sich alle von den EUrokraten ersonnenen Krisenmechanismen, sehr bald als sowohl zu klein und auch als politisch undurchführbar erweisen.

Dann würde die Vorhersage des ehemaligen amerikanischen Notenbankpräsidenten Alan Greenspan in der INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE (02.05.1997) schneller wahr werden, als es sich die Euro-Liebhaber heute vorstellen können:

„Der Euro wird kommen, aber er wird keinen Bestand haben.“



Dipl.-Kfm. Martin Mack



Dipl.-Kfm. Herwig Weise



Volker Schnabel

MACK & WEISE
VERMÖGENSVERWALTUNG

COLONNADEN 96 · 20354 HAMBURG
TEL 040/35 51 850 · FAX 35 51 85 11
INFO@MACK-WEISE.DE · WWW.MACK-WEISE.DE